



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 05. Dezember 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD das sogenannte Rentenpaket I beschlossen. Mit der Einführung der Aktivrente, Verbesserungen bei der betrieblichen Altersvorsorge, der Gleichstellung bei der Mütterrente und der Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2039 sichern wir konkrete Verbesserungen für Millionen Menschen. Die eigene Mehrheit hat gehalten – und zugleich wurde klar: Dies ist ein erster, aber keinesfalls ausreichender Schritt.

Gerade die Junge Gruppe der CDU/CSU-Fraktion hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nachhaltige Stabilität im Rentensystem weitere strukturelle Reformen braucht. Mit der noch im Dezember startenden Rentenkommission wird dieser Dialog bewusst geöffnet – mit einem klaren Mandat und unter Berücksichtigung generationengerechter Vorschläge.

Auch in der Steuerpolitik haben wir in dieser Woche spürbare Entlastungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen auf den Weg gebracht:

Die Entfernungspauschale wird bereits ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent angehoben, der reduzierte Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie dauerhaft beibehalten und das Ehrenamt durch höhere Pauschalen gestärkt. Wer zur Arbeit fährt, mitanpackt oder sich einsetzt, wird künftig steuerlich besser entlastet.

Neben diesen innenpolitischen Fortschritten war die weltpolitische Lage einmal mehr Mahnung zur Geschlossenheit. Die Gespräche zwischen den USA, Russland und der Ukraine zeigen: Nur ein starkes und geeintes Europa kann auf Augenhöhe mitreden – und der Ukraine dauerhaft zur Seite stehen. Unser Ziel bleibt ein gerechter Frieden – mit Freiheit, Souveränität und Sicherheit für die Ukraine.

Herzlich,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Erster Schritt bei der Rentenpolitik**
- **Entlastung für Rentner, Gastronomen und im Alltag**
- **Deutsch-rumänische Beziehungen im Fokus**
- **Deutschland und Afrika: Verantwortung gemeinsam tragen**

Erster Schritt bei der Rentenpolitik.

Mit der Verabschiedung des Rentenpakets I hat der Bundestag am heutigen Freitag ein Maßnahmenbündel beschlossen, das kurzfristige Leistungsverbesserungen mit Elementen der zusätzlichen Vorsorge verbindet. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD stimmen gemeinsam für das Gesetz.

Kernpunkte sind die Festschreibung des Rentenniveaus bei 48 % bis 2039, die Einführung einer steuerfreien Aktivrente von bis zu 2.000 Euro monatlich bei Weiterarbeit im Ruhestand sowie Vereinfachungen bei der betrieblichen Altersvorsorge. Auch die Vollendung der Mütterrente durch eine einheitliche Anrechnung von drei Jahren für alle vor 1992 geborenen Kinder ist Teil des Pakets.

Parallel dazu wird eine neue Rentenkommission eingesetzt, die bis Mitte 2026 Vorschläge für eine umfassendere Reform der Altersvorsorge vorlegen soll. Ihr Auftrag: die drei Säulen des Systems – gesetzlich, betrieblich, privat – neu austarieren, langfristige Beitragssatzentwicklungen bewerten und Optionen für mehr Kapitaldeckung prüfen.

Standpunkt: Mit dem Rentenpaket I ist ein erster Schritt gemacht – aber nicht mehr. Die langfristigen Herausforderungen bleiben: ein wachsender Altersdurchschnitt, steigende Finanzierungslasten, sinkende Beitragszahlerzahlen.

Besonders die Junge Gruppe der CDU/CSU-Fraktion hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Generationenvertrag so nicht dauerhaft tragfähig ist.

Kritisiert wird unter anderem die Verlängerung der Rentenniveau-Garantie ohne strukturelle Gegenfinanzierung, die fortgesetzte Belastung der jüngeren Generation sowie das Fehlen wirksamer kapitalgedeckter Elemente. Auch die Frage, wie Flexibilisierung und Eigenverantwortung künftig stärker gefördert werden können, bleibt offen.

Die eingesetzte Kommission ist daher mehr als nur ein symbolischer Schritt – sie ist notwendig. Die Union wird diesen Prozess konstruktiv begleiten, aber auch mit Nachdruck darauf hinwirken, dass generationengerechte Reformvorschläge nicht länger vertagt werden. •

Entlastung für Pendler, Gastronomen und im Alltag

Der Bundestag hat in dieser Woche ein umfassendes Paket an Steuererleichterungen beschlossen, das Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen spürbar entlastet. Die Maßnahmen betreffen gezielt Bereiche des Alltags und der gesellschaftlichen Teilhabe – mit Wirkung ab dem 1. Januar 2026.

Ein zentraler Bestandteil ist die Erhöhung der Entfernungspauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer, unabhängig von der Distanz zur Arbeitsstelle.

Damit reagiert der Gesetzgeber auf gestiegene Mobilitätskosten und stärkt insbesondere Beschäftigte in ländlichen Regionen.

Zudem wurde die Umsatzsteuerermäßigung für die Gastronomie dauerhaft gesetzlich verankert. Damit bleibt der Satz von 7 % auf Speisen in Restaurants und Cafés bestehen – eine Maßnahme zur Stabilisierung des Gastgewerbes und zur Stärkung der Innenstädte.

Auch das Ehrenamt profitiert: Die Übungsleiterpauschale wird auf 3.300 Euro, die Ehrenamtspauschale auf 960 Euro jährlich erhöht. Das ist nicht nur Anerkennung für freiwilliges Engagement, sondern auch ein Signal an Vereine, dass ihr Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützt wird.

Standpunkt: Die beschlossenen Steuererleichterungen setzen an den richtigen Stellen an – dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, arbeiten, pendeln oder sich für andere engagieren. Als CDU/CSU-Fraktion war es uns wichtig, Entlastung mit Vernunft zu verbinden: nicht mit der Gießkanne, sondern gezielt, praxistauglich und gerecht.

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es Anreize, die Mobilität erleichtern, Betriebe stabilisieren und bürgerschaftliches Engagement stärken. Die Koalition hat hier geliefert – auch auf Druck der Union. Weitere Schritte zur Vereinfachung des Steuerrechts und zur Senkung der kalten Progression bleiben notwendig – aber dieser Beschluss geht in die richtige Richtung. •

Deutsch-rumänische Beziehungen im Fokus.

Am Rande dieser Sitzungswoche hatte ich die Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit dem rumänischen Abgeordneten Ovidiu Ganț, der seit vielen Jahren als Vertreter der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament tätig ist. Herr Ganț engagiert sich mit großer Kontinuität und Überzeugung für den Erhalt deutscher Sprache, Kultur und Bildung in Rumänien – ein Einsatz, der weit über symbolische Politik hinausgeht und für das Zusammenleben in Vielfalt steht.



Als stellvertretender Vorsitzender der Parlamentariergruppe Bulgarien–Moldau–Rumänien war es mir ein besonderes Anliegen, mit ihm über die aktuelle innenpolitische Lage in Rumänien, die Herausforderungen für nationale Minderheiten und die Rolle der deutsch-rumänischen Beziehungen zu sprechen.

Dabei wurde deutlich: Die deutsche Minderheit ist nicht nur Teil der rumänischen Geschichte, sondern ein aktiver Brückenbauer zwischen unseren Gesellschaften.

Gerade in einem Europa, das sich vielerorts mit Identitätsfragen und gesellschaftlicher Spaltung konfrontiert sieht, ist der vertrauensvolle Dialog über kulturelle Vielfalt, gegenseitige Anerkennung und politische Teilhabe wichtiger denn je.

Ich danke Herrn Ganç herzlich für seinen Besuch in Berlin – und für seinen jahrzehntelangen Einsatz für Verständigung und europäische Partnerschaft.

Deutschland und Afrika: Verantwortung gemeinsam tragen.

Als Schirmherr durfte ich in dieser Woche im Deutschen Bundestag die Veranstaltung „Afrikapolitik der neuen Bundesregierung“ eröffnen – organisiert von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutschen Afrika Stiftung. Mein besonderer Dank gilt den Organisatoren für die exzellente Vorbereitung und die inhaltlich starke Agenda.

Die Diskussion war offen, facettenreich und zugleich strategisch ausgerichtet. Ein zentrales Fazit: Werteorientierung und Interessenpolitik schließen sich in der Afrikapolitik nicht aus – sie bedingen einander.

Wer auf diesem Kontinent Verantwortung übernimmt, muss klare Prinzipien vertreten und zugleich realistische Ziele verfolgen.

Ein besonderer Dank gilt Staatsministerin Serap Güler, die mit ihrem Impuls deutlich gemacht hat, dass Außenpolitik immer auch Zielorientierung braucht – nicht als Widerspruch zu Prinzipien, sondern als Grundlage erfolgreicher Diplomatie.



Der kürzlich abgehaltene EU-AU-Gipfel in Luanda hat wichtige Impulse gesetzt – für vertiefte Wirtschaftskooperation, gemeinsame Sicherheitsinitiativen und politische Verlässlichkeit zwischen den Kontinenten. Die Veranstaltung war auch ein Ort der Begegnung mit dem afrikanischen diplomatischen Korps – insbesondere danke ich Frau Botschafterin Stella Orina Mokaya aus Kenia für ihre starke Präsenz und den intensiven Austausch.

Klar ist: Afrikapolitik muss strategisch, langfristig und partnerschaftlich gedacht werden – getragen von gegenseitigem Respekt, gemeinsamen Interessen und ehrlicher Kommunikation auf Augenhöhe. Dafür setze ich mich – auch als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Fraktion – mit Nachdruck ein.

Die gute Nachricht der Woche **Fußball-EM der Frauen kommt nach Deutschland!**

Deutschland wird 2029 Gastgeber der Fußball-Europameisterschaft der Frauen – das hat die UEFA in dieser Woche bekannt gegeben. Der Deutsche Fußball-Bund setzte sich in der finalen Abstimmung gegen Mitbewerber aus Nordeuropa durch. Damit richtet Deutschland nach 2001 zum zweiten Mal eine Frauen-EM aus.

Ausgetragen werden sollen die Spiele in insgesamt zehn Städten – darunter Frankfurt, Köln, Berlin und Hamburg. Der Zuschlag ist nicht nur ein sportlicher Erfolg, sondern auch ein starkes Signal für Sichtbarkeit, Gleichstellung und den weiteren Aufschwung des Frauenfußballs in Deutschland.

Politisch ist die Entscheidung zu begrüßen: Große Sportereignisse dieser Art haben gesellschaftliche Strahlkraft – sie begeistern junge Menschen, schaffen gemeinsame Momente und zeigen, wie sehr Leistung, Fairness und Teamgeist verbinden.

Die Frauen-EM 2029 bietet die Chance, ein weiteres Kapitel der Erfolgsgeschichte des deutschen Frauenfußballs zu schreiben – und ein sportliches Großereignis mit internationaler Ausstrahlung im eigenen Land zu erleben.

Wir freuen uns auf faire Spiele, ein begeistertes Publikum – und auf ein Deutschland, das 2029 erneut beweisen darf, dass es Fußballfeste mit Herz und Haltung ausrichten kann. •